

Konzept von Peter Keller für sein Referat auf dem Vorbereitungsseminar für das Workcamp in Halle / DDR, gehalten am 10. oder 11. Juli 1964 in Vincennes.

Mit dem handschriftlichen Vermerk von Peter :

"Wurde noch gefeilt, gestraft und geglättet, aber im wesentlichen war's das"

S C I - Arbeit im Spannungsgebiet Deutschland

Liebe Freunde !

I. Der S C I muß die Entspannungspolitik benutzen.

Die Zeichen der Weltpolitik stehen auf Entspannung, trotz vereinzelter Wetterwolken. Die Bedrohung durch einen Kernwaffenkrieg zwang die großen Mächte zu dieser Politik der Vernunft. Wir begrüßen diese Wandlung, denn sie wird unser Arbeitsfeld, auf dem wir für den Frieden wirken können, immer mehr erweitern. Denn gerade wir im S C I übersehen nicht, daß Entspannung kein automatischer Trend ist, in dem man passiv oder opportunistisch mitschwimmen kann. Der Friede kommt nicht von selbst und der Erfolg hängt vom Willen der Völker ab. Darum geht Ihr nach Halle und bejaht die gewiß nicht leichte Aufgabe, gemeinsam in einem Workcamp mit der FDJ zu arbeiten, deren Stil und Ziele den unseren zum Teil widersprechen : die F D J ist die einzige Jugendorganisation der D D R , sie ist Staatsjugend und muß daher ein anderes Verhältnis zur Freiheit haben als wir.

Ihr geht in ein Gebiet, in dem die Entspannungspolitik am weitesten im Rückstand ist. Deutsche Touristen fahren seit Jahren in Ostblockstaaten, auch das ist schließlich eine Völkerbegegnung, Westdeutsche Firmen, obwohl sie doch eigentlich Kapitalisten und Imperialisten sind, kooperieren vorzüglich und eng mit volkseigenen Fabriken in Jugoslawien, Bulgarien und der Sowjetunion. In Deutschland selbst besteht immer noch das Minimum an Kontakten, das den Kalten Krieg überlebt hat (zum Beispiel Interzonenhandel) und ein eindringliches optisches Zeichen der herrschenden Spannung ist gewiß die Mauer in Berlin.

II. Unser Entspannungsbeitrag muß parteiisch sein — für die Freiheit

Zum neuen weltpolitischen Stil gehört eine bemerkenswerte Weitherzigkeit und Großzügigkeit in ideologischen Fragen. Die deutschen Chemiker und Techniker, die am Schwarzen Meer eine Chemische Fabrik aufbauen halfen, haben mit ihren bulgarischen Kollegen gewiß nicht über Eigentumsfragen gestritten oder sonstige Fragen der Gesellschaftsordnung. Gemeinsam war und ist ihnen — neben dem Willen zum Frieden — eine technische Aufgabe und das wirtschaftliche Interesse. Es wächst eine Toleranz heran gerade in jenen Fragen, um die es im Kalten Krieg eigentlich ging. Dabei bleiben die Unterschiede bestehen und es muß und wird Auseinandersetzungen um sie geben, aber sie können offen und tolerant ausgetragen werden (zum Beispiel Chruschtschows Begegnung mit der skandinavischen Landwirtschaft). Diese Toleranz in sozialpolitischen Fragen ist notwendig (wie die in religiösen), sie ist aber nicht ohne Gefahren. Man kann sich daran gewöhnen, so viele Widersprüche und Gegensätze zu tolerieren, daß man nicht mehr kritisch nach dem Richtigen fragt. Darin liegt dann der Keim künftiger Konflikte. 1945 einigten sich die Alliierten in Potsdam darauf, daß Deutschland demokratisch werden solle. Man nahm das Wort unkritisch hin und stellte — um des lieben Friedens willen — lieber gar nicht erst fest, daß es verschiedene Bedeutungen hat (Für die Sowjets bedeutete es : Bodenreform, Sozialisierung, Diktatur). Auch im Kleinen, bei der Begegnung im Workcamp kann man ähnliche Fehler begehen.

Kompromißbereitschaft und Toleranz haben natürlich auch ihre Grenzen. Wir können uns mit jemandem, der Krieg will, nicht auf "nur ein bißchen Krieg" einigen. Unsere Bereitschaft, Verwoerds Rassenpolitik zu tolerieren, ist hoffentlich recht minimal. Die D D R ist eine Diktatur, ein totalitärer Staat. An ihrer Spitze steht eine stalinistische Regierung, wie es sie sonst nur noch in Albanien gibt. Während in Polen und Ungarn Gomulka und Kadar den Kommunismus im Wandlungsprozeß legitimieren, weil sie selber von Stalin verfolgt waren, fehlt Ulbricht diese Legitimation. Er erklärte eines Tages, eine Entstalinisierung sei in der D D R nicht nötig, weil es Stalinismus dort nie gegeben habe. Während die Beteiligten am Posener Aufstand und am Ungarischen Aufstand 1956 schon lange amnestiert sind, gibt es in den Gefängnissen der D D R noch immer Menschen, die wegen ihrer Beteiligung am Aufstand des 17. Juni 1953 bestraft wurden.

Es gibt also Grund zu der kritischen Frage : Kann man das tolerieren ? Wieviel kann man hinnehmen ? Wo liegt die Grenze, die man nicht überschreiten kann, weil wir dann mit dem Unrecht kollaborieren würden ? In der Bundesrepublik wird um diese Grenze täglich gerungen. Man kann sie nicht definieren und verbindlich festlegen. Vielleicht ist es eine Gewissensfrage. Die Entspannungspolitik fordert ja gerade Elastizität in der Methode und Zähigkeit darin, daß man das Ziel, den Frieden zu fördern, nicht aus dem Auge verliert. Bertrand Russell hat sich mit großer Ausdauer für die Befreiung des Gewerkschaftsjournalisten Heinz Brandt aus einem DDR-Gefängnis eingesetzt. Er hat nicht gesagt : Dieser Brandt ist ja nur einer — warum soll ich seinetwegen das Klima noch mehr verderben.

Ich kann Euch nicht sagen, wo die Grenzen der Kompromißbereitschaft und Toleranz für Euch liegen werden. Ich möchte nur, daß bei allem, was Ihr seht, hört und erfahrt, das wache Gewissen und das kritische Denken wach und aktionsbereit bleiben. Dann wird das Lager ein kleiner Erfolg für den S C I sein und ein Rückschlag für die totalitäre Regierung der D D R , die unentwegt herrscht, aber im weltweiten Entspannungsklima unsicher zu werden beginnt. Wenn das Gewissen schläft und das kritische Denken ausbleibt, könnt Ihr sehr leicht die Diktatur der S E D bestätigen. Totalitarismus ist aber an sich ein Gegner des Friedens.

III. Warum ist die DDR ein totalitärer Staat ?

Dies möchte ich am Beispiel ihrer Geschichte — in Stichworten — und am Beispiel der F D J beantworten.

Stichworte zur Geschichte der D D R :

Am 29. April 1945, eine Woche vor der deutschen Kapitulation, flog die Gruppe Ulbricht von Moskau nach Berlin. Ulbricht war vor 1933 kein Funktionär der Führungsspitze der KPD gewesen. Jetzt war er an der Spitze, weil er die stalinistischen Säuberungen besser als die meisten deutschen Kommunisten in der Emigration überlebt hatte, unter anderem weil er sich 1939 / 40 intensiv für den Stalin-Hitler-Pakt einsetzte (Stalin hat mehrfach deutsche Kommunisten an die Gestapo ausgeliefert).

Im Potsdamer Abkommen im August 1945 wurde

- a) eine gemeinsame Verwaltung Deutschlands durch die Alliierten beschlossen und
- b) die Dezentralisierung Deutschlands.

Die Sowjets aktivierten gleich die deutsche Politik in ihrer Zone und setzten Schwerpunkte in ihrem Sinne : Sie ordneten Bodenreform und Sozialisierung an, holten Reparationsgüter aus der Zone und blockierten die Viermächteverwaltung.

Die Westmächte gaben bewußt politisch eine "Atempause" und ließen Parteien erst später zu. Sie holten weniger aus ihren Zonen heraus, sondern steckten Mittel hinein, um einen minimalen Lebensstandard zu halten. Die neue Deutschlandpolitik der USA, die von der Rede von Außenminister Byrnes im Sommer 1946 in Stuttgart ausging, über die Vereinigung der drei Westzonen zu einem Wirtschaftsgebiet, die zur Währungsreform 1948 und im September 1949 zur Gründung der BRD führte, hatte in erster Linie den Grund, die USA von diesen Hilfszahlungen zu entlasten. Da die UdSSR sich nicht auf ein Wirtschaftsprogramm für ganz Deutschland festlegen ließ, verwirklichte man es nur in den Westzonen.

Am 21. April 1946 wurden in Berlin die Parteien KPD und SPD zur SED vereinigt. Hierbei "ersetzte" ein Händedruck zwischen Pieck (KPD) und Grotewohl (SPD) die Diskussionen und Urabstimmungen der Mitglieder. Dennoch bejahten viele Sozialdemokraten diese Fusion. Bereits ein Jahr später gab es eine erste Verhaftungswelle gegen ehemalige Sozialdemokraten. Diese erste "Säuberungswelle" 1948 / 49 gegen "partei-feindliche Elemente" und "klassenfeindliche Gruppen" richtete sich nur gegen Sozialdemokraten. D. h. die Verfolgung deutscher Demokraten mit polizeistaatlichen Mitteln, die Hitlers Herrschaft kennzeichnete, begann wieder. Immerhin hatten bis dahin die "bürgerlichen" Parteien CDU und LPD noch erhebliche Bewegungsfreiheit und es konnte, von örtlichen Eingriffen abgesehen, auch frei gewählt werden. Das Ergebnis waren erstaunliche Wahlsiege der LPD in den "roten" Gebieten Sachsens und Thüringens. Die deutschen Arbeiter wählten liberal, um nicht SED wählen zu müssen !

Eine Antwort der Sowjets auf die Währungsreform in den Westzonen war die Berliner Blockade, die ein Dreivierteljahr dauerte und zum ersten Male eine breite Kooperation zwischen den Westdeutschen und Westalliierten brachte. Der Blockade vorausgegangen war der Versuch, mit "Volksmassen", in erster Linie der FDJ, das frei gewählte Berliner Stadtparlament zu sprengen und die nicht-kommunistischen Vertreter herauszudrängen. Daß diese wenig später in den Westsektoren ein freies Berliner Stadtparlament bilden konnten, war besonders den französischen Offizieren der Besatzungsmacht zu verdanken, die mit größtem persönlichen Engagement sozialdemokratische Abgeordnete aus kommunistischer Haft befreiten.

Die Gründung der D D R im Oktober 1949 war eine Reaktion auf die Gründung der Bundesrepublik im Westen. In Wirklichkeit waren die Elemente eines zentral regierten Teilstaates im Sommer 1949 in der sowjetischen Besatzungszone schon wesentlich fertig. In dieser Zeit, als eine Bewaffnung der westdeutschen Polizei, die Länderpolizei war, noch sehr bescheiden war, bestand in der 'Kasernierten Volkspolizei' in der Sowjetzone schon eine militärisch ausgebildete und bewaffnete Armee, das heißt die Befürworter einer westdeutschen Aufrüstung nach 1950 konnten sich immer auf sie berufen.

Zu einer erheblichen Krise führten die Folgen von Stalins Tod. Berija hatte erkannt, daß der Versuch, den Sozialismus in einem halben Land aufzubauen, ihn — zumindest in Deutschland — eher diskreditieren konnte. Die Pläne, eine bürgerliche Übergangsregierung einzusetzen, waren fertig. Der Mai, Juni 1953 brachte verschiedene Lockerungen, die aber mit einer Erhöhung der Arbeitsnormen verbunden waren. Die Bauarbeiter der Stalinallee demonstrierten gegen diese Erhöhungen am 16. Juni und aus diesen Demonstrationen wurde am 17. Juni eine Revolution, die von sowjetischen Panzern niedergeschlagen wurde. Im Gegensatz zu Polen und Ungarn fehlte hier eines : die gemeinsame Aktion von "Intelligentsia" und "Proletariat". Der 17. Juni war nur ein Aufstand der Arbeiter. Die Intelligenz, deren Unruhe 1956 bei der Ungarnkrise von Ulbricht erfolgreich erstickt werden konnte, stand abseits.

Nach dem 17. Juni verzichtete die Regierung auf die Einhaltung der Pläne und erreichte eine Lockerung des wirtschaftlichen Druckes. Eine weitere Sicherung ihrer Herrschaft war die Tatsache, daß man, wenn auch mit Schwierigkeiten, nach Westdeutschland fliehen konnte. Berlin war eine offene Tür, gleichzeitig ein Ventil, durch das alle Opposition abfließen konnte. Die entsprechenden Leute also, die in Polen in Anpassung und schöpferischer Opposition den Kommunismus umwandeln und die Regierung beunruhigten, flohen in Deutschland in die Bundesrepublik. Diese Fluchtbewegung, die man an der Bevölkerungsstatistik der DDR ablesen kann, schuf andererseits wirtschaftliche Schwierigkeiten. Ulbricht reagierte darauf am 13. August 1961 mit dem Bau der Mauer — bestimmt nicht ohne Genehmigung von Chruschtschow. Daß Ulbricht noch 1957 - 59 an die Kollektivierung der Landwirtschaft ging, als andere Ostblockländer sie eher rückgängig machten, dürfte dagegen kaum mit Chruschtschow abgestimmt gewesen sein. Die Flucht der letzten Jahre war in starkem Maß auch eine Bauernflucht.

In diesem Jahr gab Karl-Eduard von Schnitzler, der Chefkommentator des Deutschlandsenders — also eine der offiziellen Stimmen der DDR-Regierung — einer westdeutschen Illustrierten ein Interview. Ich möchte eine Stelle daraus zitieren :

Zeitung : "Muß es an der Mauer Tote geben ?"

Schnitzler : "Es ist unser Kapital, das uns da wegläuft. Unser Staat investiert nicht Zehntausende von Mark in jeden seiner Bürger, damit sie in einer Gefühlsaufwallung alles von sich werfen. Der Deutsche eignet sich nicht zu einer eigenen Entscheidung. Ihn muß man zu seinem Glück zwingen."

Während der Ungarnkrise wurde bei der DDR-Regierung bekannt, daß in den Leuna-Werken Unruhe herrschte — man forderte die nötigen Rohstoffe zur Planerfüllung oder aber eine Kürzung des Planes. Minister und Funktionäre berieten, wer von ihnen ins Werk fahre, um mit den Arbeitern zu reden. Man schob sich gegenseitig den Schwarzen Peter zu. Da sagte Ulbricht : "In Leuna haben einige Herren, die dem IG-Farben-Konzern noch überaus nahe stehen, Morgenluft gewittert. Sie wollen unsere jetzige angespannte Situation ausnutzen, um die IG-Farben-Ideologie wieder zum Durchbruch zu bringen. Das muß Mielke in Ordnung bringen, ja? Mehr sind das doch nicht. Wenn man die gefunden hat, ist in Leuna Ruhe, und das wird sich auch bei den Agenten in den anderen Betrieben herumsprechen. Dann stimmt mit einem Mal der Plan, dann stimmt unsere Wirtschaftspolitik, dann stimmt überhaupt alles . . ."

(64 07 09 - 1 04)

Diese beiden Äußerungen zeigen, daß die DDR eine Diktatur ist. Es gibt keine Möglichkeit, Opposition anzumelden. Wo sie sich regt, werden gleich Sündenböcke gesucht. Der SSD-Chef Mielke, der damals im Leunawerk befehlsgemäß vier 'Agenten' fand, hat schon in den Jahren 1931 / 32 in Berlin eng mit Ulbricht zusammengearbeitet, als Kommunisten und Nationalsozialisten zusammen die deutsche Republik zur Strecke brachten. Der letzte Satz des Chefkomentators könnte direkt aus Hitlers "Mein Kampf" stammen (Und schließlich könnte kein westdeutscher Unternehmer es sich leisten, seine Arbeiter schlicht als sein "Kapital" zu bezeichnen — oder sie auch nur so zu bewerten. Unsere Gewerkschaften, die im Gegensatz zum F D G B den Arbeitnehmer schützen und nicht nur auf die Steigerung der Produktion verpflichtet sind, würden es nicht zulassen.

Die Krise um Harig 1957 und die Krise um Havemann 1964, beide sind Professoren an der Ostberliner Humboldt-Universität, entstanden, weil die S E D sich gegen alle freiheitlichen und humanen Ansprüche, die man aus dem Sozialismus ableiten kann und muß, wehrten. Harich wurde noch zu einer Haftstrafe verurteilt, Havemann wurde nur seines Postens enthoben. Die Methoden werden weniger scharf? Aber während Ihr die DDR besucht, sitzt Harich noch im Gefängnis, weil er marxistische Kritik übte an der herrschenden Partei, wie sie in Polen seit 1956 und in der CSSR seit dem Prager Frühling 1963 gang und gäbe ist.

Die Freie Deutsche Jugend :

Die Wurzeln der FDJ liegen im Jahr 1935. Auf dem Brüsseler Parteitag zog die Exil-KPD die Konsequenzen aus dem Sieg Hitlers. Pieck hielt eine Rede, in der er die Methoden, mit denen Hitler Erfolg hatte, zur Nachahmung empfahl. Die Hitlerjugend als einzig zugelassene Staatsjugend gehörte zu diesen Dingen, die man gerne als Modell übernahm. Die Parallelen zwischen HJ und FDJ drängen sich jedem Deutschen auf, der beide kennt. Man soll sie aber nicht überschätzen. Sie haben sich in den letzten Jahren auch in einem Punkt verringert : man legt weniger Wert auf Massenveranstaltungen als in den ersten Nachkriegsjahren. Im Sommer 1945 wurden an vielen Orten antifaschistische Jugendausschüsse gebildet. Im März 1946 wurde die F D J gegründet, zunächst gab sie sich als pluralistische Dachorganisation vieler Jugendgruppen. Auch der Name appellierte an Erinnerungen an die Jugendbewegung. Seit 1951 ist die Organisation auf Marxismus-Leninismus ausgerichtet. Seit 1952 arbeitet sie mit der "Gesellschaft für Sport und Technik" eng zusammen, deren öffentlich erklärtes Ziel die vormilitärische Ausbildung ist (1952 gab es in Westdeutschland noch keinen Soldaten. Vormilitärische Ausbildung wird dort auch heute scharf abgelehnt). Da die FDJ Schwierigkeiten hatte, alle Jugendlichen zu erfassen, hat sie ihren Stil in den letzten Jahren geändert. Man legt mehr Wert auf kleinere Gruppen und die Pflege individueller Hobbys, ist gegenüber neuer Mode und Jazz nicht mehr so prüde.

Diesen neuen Kurs bestätigt das neue F D J - Programm von 1963. Weiterhin sind aber Mitglieder des S S D in den F D J -Vorständen (Man stelle sich vor : eine amerikanische Jugendorganisation, in deren Vorstand ein Offizier des FBI sitzt, um die Zusammenarbeit bei gemeinsamen Aufgaben zu sichern !). Auch die Personalunion von F D J - Führungsfunktionen und Offiziersstellen der N V A (Nationalen Volksarmee) wird gepflegt. Wie es in allen Betrieben F D J - Gruppen gibt, so gibt es in der Volksarmee solche Gruppen. Das Programm der Organisation verpflichtet die Mitglieder :

"Wachsam gegenüber den Anschlägen der Feinde des Friedens und des Sozialismus zu sein, Staats-, Wirtschafts- und Militärgeheimnisse zu wahren, die bewaffneten Organe der D D R in ihrer Tätigkeit zu unterstützen, sich bereits vor seinem Wehrdienst militärische Kenntnisse anzueignen, als Angehöriger der bewaffneten Organe der D D R seine militärischen Kenntnisse und Fähigkeiten ständig zu erhöhen und alle seine Kräfte aufopferungsvoll für die Verteidigung der Arbeiter- und Bauernmacht einzusetzen."

Es gibt zwei mögliche Definitionen des Wortes "Militarismus" :

- a) Soldaten politisieren, machen die Politik, greifen in die Politik ein (Beispiele : Deutschland von 1918 - 1933, Japan 1930 - 1945)
- b) Militärische Formen, Werte und Ziele beherrschen die Gesellschaft, nicht nur die Armee.

Im Sinne der ersten Definition gibt es heute in Deutschland keinen Militarismus. Die politischen Gewalten in Bonn und Ostberlin haben ihre Armeen wohl in der Hand.

(64 07 09 - 1 05)

Die Armeen sind jeweils Teile internationaler Militärsysteme (Nato bzw. Warschauer Pakt). Alle Vorwürfe, die man sich in diesem Sinne gegenseitig macht ("aggressives, militaristisches Westdeutschland") sind also fiktiv. Sie treffen ins Leere.

Westdeutschland ist auch im Sinne von b) nicht militaristisch. Die Gesellschaft mag nichts mit militärischen Fragen zu tun haben. Man hat die Bundeswehr als eine internationale Verpflichtung. Sie soll aber nicht stillbildend sein (Das wiederum schafft psychologische Probleme in der Bundeswehr. Man fühlt sich isoliert und möchte daher, wenn man könnte, vielleicht militaristisch im Sinne von a) sein.)

Die D D R ist zweiten Sinne durchaus militaristisch. Wo Kinder schießen lernen, wo die einzige Jugendorganisation, die F D J jahrelang das Rekrutierungsreservoir der N V A war, man holte sich hier seine "Freiwilligen", wo der 1. Mai mit Militärparaden gefeiert wird, kann man wohl von Militarismus reden.

Bundesrepublik - DDR

Wenn der Vorwurf des Militarismus schon nicht trifft, muß man aber doch darauf hinweisen, daß die alten Nazis in der Bundesrepublik eine Rolle spielen, während sie in der DDR keine Rolle spielen ? In der Tat, das stimmt. Als Reaktion auf die Herrschaft der Nazis hat sich die Bundesrepublik eine Verfassung gegeben, die sogar ehemalige Nazis leben läßt. Dahinter stand die Erfahrung und Überzeugung, daß politische Säuberungen meist die Falschen treffen und allen die Freiheit nehmen. Die Freiheit ist wertvoller als absolute politische Hygiene, zumal Nazis nur noch unter der Beifügung "ehemalig" zu fassen sind. Ihre Ideologie ist zerfallen, sie sind ein Stück Vergangenheit.

Weniger tolerant ist man mit Kommunisten, weil man sie als gegenwärtig empfindet. Daher ist man hier oft in einer neurotischen Weise hygienisch. Jede Zeitung, jedes Interview, das aus der DDR kommt, bedeutet eine Selbstentlarvung dieser Diktatur. Die Bundesrepublik verbietet sie, weil ihre Verfassungsfeindlichkeit festgestellt ist. Kurz : die B R D ist stolz darauf, ein Rechtsstaat zu sein. Sie ist oft so sehr Rechtsstaat, daß sie politische Entscheidungen ihren Richtern überläßt. Schließlich ist Deutschland gekennzeichnet durch eine dogmatische Ablehnung von allem, was von der jeweils anderen Seite kommt : Dinge, die man in Polen vorschlagen kann, sind in der D D R unmöglich, weil sie an die Bundesrepublik erinnern. Maßnahmen, die man überall in der Welt vertreten kann, darf man in der B R D nur akademisch vertreten, wenn sie an die D D R erinnern. Sie brächten einen in die Nähe des Kommunismus.

IV. Was kann ein Workcamp tun ?

In Deutschland fehlt also die Auseinandersetzung. Dabei scheut die B R D sie mehr, als ihr zustände, während die D D R - Regierung und die S E D sie meines Erachtens mit Recht scheuen. Sie werden an zu viel Freiheit sterben, die Unfreiheit ist eine ihrer Existenzbedingungen. Daher ist es gut, daß eine S C I - Gruppe dorthin geht und schon durch ihre Anwesenheit für mehr Freiheit sorgt. Die Widersprüche, die in Eurer Gruppe zu finden sind, das Fehler einer "Parteilinie", können auch diese Freiheit ausdrücken und für einen jungen Deutschen aus der D D R ein Erlebnis sein. Freiheit kann ansteckend wirken, wenn sie sich nicht einkapselt und der Unfreiheit die Initiative überläßt.